Sonnabend, 2. Februar 1924 · 72. Jahrgang Nr. 56

Berliner
Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nr. 15 Goldpfg. = 150 Mlld. M.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus- u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschliesslich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 60 Goldpfennig (amtlicher Kurs am Tage der Einziehung) im voraus zahlbar; durch die Post 3,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 0,60 Goldmark; für kleine Anzeigen: das Wort 0,15 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0,30 Goldmark. Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Str. 46—49. Fernspr.: Dönhoff Nr. 3440 bis 3455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67-68, Wiener Strasse 1-6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 33, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 59, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Nürnberger Str. 25-26, Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weissensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21-22; Cöpenick: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Grundsteuer im Landtag angenommen

Annahme der Ausschußvorlage — Die Besprechung der dänischen Grenzfrage — Ministerpräsident Braun gegen die Amoralität der Grenzfestsetzung — Severing und die schlechten Diplomaten

Einspruch des Staatsrats gegen die Grundsteuer

Die Grundsteuervorlage in der Kompromißfassung des Hauptausschusses ist in der gestrigen Landtagssitzung mit der überraschend großen Mehrheit von 212 gegen 104 Stimmen angenommen worden. Es ist also nicht anzunehmen, daß der Einspruch, den der Staatsrat noch gestern gegen den Landtagsbeschluß erhob, irgendwelche Aenderungen herbeiführen wird. Eine Wirkung hat er allerdings, die so recht zeigt, wie dieses Möchtegern-Herrenhaus mit sträflichem Unverstand und ohne Ueberlegung seine Sabotagearbeit betreibt. Der Gesetzentwurf zur Grundsteuer stellt eine Novelle zu der vor einem Jahre erlassenen Grundsteuernotverordnung dar. Der Notverordnung hat der Landtag ausdrücklich zugestimmt, und an ihr kann auch der Staatsrat nichts ändern. Indem er aber jetzt sein Veto gegen die Novelle erhob, führt er den Zustand herauf, daß die Grundsteuer nach den achtfachen Sätzen der Notverordnung weiter erhoben wird. Das ist eine unerträgliche Belastung insbesondere der kleinen Landwirte, die jetzt durch den Unverstand der deutschnationalen, volksparteilichen und zentrumsagrarischen Staatsratsmitglieder geradezu mit Skorpionen gezüchtigt werden.

Im Landtage hatten die Deutschnationalen für ihre Anträge namentliche Abstimmung durchgesetzt. Von der Regierung und allen übrigen Parteien wurde ihnen nachgewiesen, daß diese Anträge den Ertrag der Steuer auf ein Minimum reduzieren würden; aber das war den Antragstellern gleichgültig. Sie machten gar kein Hehl daraus, daß es ihnen auf ein demagogisches Manöver für den Wahlkampf ankam. Den Konkurrenten von der Volkspartei riefen sie triumphierend zu: „Wir gehen mit den Abstimmungslisten bei den Wahlen aufs Land!" Auf die Wahlmacher in diesem Lager blieb es ohne Eindruck, als der Demokrat Westermann, selbst ein deutscher Bauer, seinen Berufsgenossen in den übrigen Parteien die Mahnung zurief, sie möchten angesichts der Not des Landes ihr Berufsinteresse einmal hinter das Staatsinteresse zurückstellen.

Nach Ablehnung der deutschnationalen Anträge und Annahme der Grundsteuervorlage wurde die vor einer Woche abgebrochene Aussprache über das Abkommen der deutschen und dänischen Sozialdemokratie fortgesetzt. Der sozialdemokratische Parteivorsitzende Wels hat mit diesem Produkt seiner Unterhändlertätigkeit nicht bloß allen Antimarxisten und sonstigen Feinden der Republik unbezahlbaren Agitationsstoff geliefert, er hat auch die sozialdemokratischen Minister in eine äußerst peinliche Lage gebracht. Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing wiesen zwar die Methoden der Deutschnationalen bei der Ausschlachtung des Falles Wels gebührend zurück, aber sie konnten nicht umhin, von dem Werk ihres eigenen Parteivorsitzenden ganz entschieden abzurücken. Severing attestierte Herrn Wels, er habe mit dem Abkommen den Beweis seiner diplomatischen Befähigung nicht erbracht. Braun sagte, in einem Dokument von so großer politischer Tragweite dürften nicht so schwerwiegende Fehler sein, wie in diesem Abkommen. Die Leute von rechts benutzten natürlich die willkommene Gelegenheit, auch gegen die gesunde Tendenz des Abkommens, gegen den Gedanken der Völkerversöhnung Sturm zu laufen.

Nach dem Abschluß der Dänendebatte vertagte sich der Landtag bis zum 19. Februar, nachdem er zuvor bei drei Strafanträgen gegen kommunistische Abgeordnete es ablehnte, die nachgesuchte Strafverfolgung zu genehmigen. Darunter befand sich auch die Massenanklage gegen sämtliche Mitglieder der K.P.D.-Zentrale. Dieser gehören die Landtagsabgeordneten Pieck, Eberlein und Schumann (Halle) an. Der Reichstag hat seltsamerweise gegenüber den der Zentrale angehörigen Reichstagsabgeordneten der Aufhebung der Immunität zugestimmt. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages hat jedoch, wie der Berichterstatter Abg. Nuschke mitteilte, einstimmig die nachgesuchte Strafverfolgung und Inhaftnahme abgelehnt.

*

Die Beratung der Grundsteuer wurde in der gestrigen Sitzung des preußischen Landtags fortgesetzt. In der Aussprache sagte Abg. **Westermann** (Dem.), man habe sich schweren Herzens entschlossen dennoch für die Steuer zu stimmen, weil die Not des Landes das erfordert. Die noch bestehenden Härten müßten freilich beseitigt werden.

In namentlicher Abstimmung wird die Grundsteuernotverordnung mit 206 gegen 110 Stimmen bei einer Stimmenthaltung genehmigt. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, die Kommunisten, Deutschhannoveraner und die Wirtschaftspartei.

Nach Ablehnung verschiedener Aenderungsanträge wird die Grundsteuer in der Fassung der Ausschußvorlage in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 104 Stimmen angenommen.

Dann wird die am 26. Januar abgebrochene Besprechung der deutschnationalen großen Anfrage über die dänische Grenzfrage fortgesetzt.

Ministerpräsident **Braun:** Die Art, wie der deutschnationale Abgeordnete Milberg die deutsch-dänische Grenzfrage in der letzten Aussprache über diese Frage behandelt hat, ist nicht dazu angetan, die einheitliche Abwehrfront gegenüber chauvinistischen dänischen Bestrebungen zu stärken, sondern es wurde damit das höhere nationale Interesse dem parteiagitatorischen Wahlinteresse geopfert. Beifall b. d. Soz., Unruhe rechts.) Es ist nicht meine Aufgabe als Ministerpräsident, zu dem Abkommen Stellung zu nehmen, das am 25. November 1923 zwischen den Vertretern der deutschen und der dänischen Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist. Soweit die Tendenz des Abkommens sich gegen den dänischen Chauvinismus richtet, billige ich sie durchaus. Ich halte es für zweckmäßiger, sich auf den Boden der Völkerverständigung zu stellen, als durch Völkerverhetzung Parteigeschäfte zu machen. (Beifall bei den Soz.) Der Wortlaut der Kundgebung kann zu Mißdeutungen führen. Es ist da die Rede von einer „vereinbarten Grenze". Von einer „vereinbarten" dänischen Grenze kann nicht die Rede sein.

erkennen. Vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus muß ich sie anerkennen, vom Gesichtspunkt der Moralität aus kann ich sie ebenso wenig anerkennen, wie die übrigen Grenzen, die uns durch den Versailler Vertrag aufgezwungen worden sind. Uns ist damit Unrecht angetan worden.

Ich kann nur wiederholen, was ich am 6. Juli ausgeführt habe: Wir wollen mit Dänemark in Freundschaft leben, aber wir verlangen gerade aus diesem Grunde, daß die verantwortlichen Stellen in Dänemark den unverantwortlichen chauvinistischen Kreisen in Dänemark das Handwerk legen. Das ist auch heute mein Standpunkt. Durch verhetzenden Chauvinismus diesseits der Grenze stärkt man den jenseits der Grenze. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Schwering** (Zentr.): Den Chauvinismus lehnen auch wir ab; aber der Wille zur Völkerversöhnung sollte endlich einmal auch vom Ausland dem deutschen Volke gegenüber bewiesen werden. (Beifall). Wir müssen verlangen, daß solche Vereinbarungen, wenn sie nötig sein sollten, den verantwortlichen Stellen überlassen bleiben.

Abg. **Milberg** (Deutschnat. Vp.): Deutschland ist durch das Abkommen geschädigt. An dem Abschluß dieses Abkommens ist auch ein sozialdemokratischer Landrat beteiligt gewesen. Ich frage den Minister Severing, was er zu tun gedenkt gegen diesen Beamten, der preußisches Gebiet preisgeben will.

Innenminister **Severing:** Grundsätzlich stehe auch ich auf dem Standpunkt, daß die Fragen der Außenpolitik nicht von wirtschaftlichen Organisationen und Parteien, sondern vom Auswärtigen Amt erledigt werden sollten.

Die gegen die Völkerverhetzung gerichtete Tendenz billige ich durchaus, aber diejenigen, die das Abkommen abgeschlossen haben, haben damit den Beweis ihrer Befähigung zum Diplomaten nicht erbracht.

Ich höre zum ersten Male, daß ein Landrat daran beteiligt war. Ich werde diese Angelegenheit nachprüfen.

Abg. **Hoff** (Dem.): Dieses Abkommen hat politisch eine unheilvolle Wirkung gehabt. Es ist grundsätzlich zu verurteilen. Die Sozialdemokraten machen gerade uns, die wir immer mit ihnen in Schleswig-Holstein gern zusammengearbeitet haben, die Aufgabe ungeheuer schwer. Es ist gar nicht zu verstehen, wie der Parteivorsitzende Wels ein Abkommen von solcher politischer Tragweite abschließen konnte über die Köpfe seiner schleswigschen Parteimitglieder und der sozialdemokratischen Minister hinweg. Wir verurteilen dieses Abkommen in jeder Beziehung. (Beifall.)

Ein Ausschußantrag auf schleunige Erhöhung der Versorgungsgebührnisse der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wird angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag, 19. Februar, 3 Uhr.

*

Der preußische Staatsrat trat am Freitag nachmittag zu einer Vollsitzung zusammen. Es wurde beschlossen, gegen das vom Landtag beschlossene Gesetz über die Festsetzung des Wahltages für die allgemeinen Gemeindewahlen Einspruch nicht zu erheben. Darauf begründete Graf zu Rantzau-Rastorf (Arbeitsgemeinschaft) die förmliche Anfrage über die Anerkennung der gegenwärtig deutsch-dänischen Grenze durch die sozialdemokratische Partei. Er wies darauf hin, daß die Sozialdemokratie durch ihr Verhalten aus der Einheitsfront gegen die dänische Propaganda ausscheide. — Die noch auf der Tagesordnung stehende Grundvermögenssteuer sowie die Beratung über die dazu gestellten Anträge wurde bis nach der Entscheidung im Landtag über die Grundsteuer vertagt.

Sofort nach Beendigung der Grundsteuerberatung im Landtag trat der preußische Staatsrat wieder zusammen, um seinerseits zur Grundsteuer Stellung zu nehmen. Der Staatsrat nahm den von seinen Ausschüssen eingebrachten Gesetzentwurf, der eine wesentliche Ermäßigung der Grundsteuersätze vorsieht, mit 33 gegen 30 Stimmen der Linken an. Dr. Graf v. Keyserlingk beantragte nunmehr, gegen die Beschlüsse des Landtages Einspruch zu erheben.

Nach längerer Aussprache wurde der Einspruch in namentlicher Abstimmung mit 35 gegen fünf Stimmen des Zentrums und der Demokraten beschlossen. Die Sozialdemokraten und Kommunisten hatten den Saal verlassen. Der Staatsrat vertagte sich darauf, bis der Haushalt eingebracht ist.

Schnelldienst

Ludwig Barnay, der Altmeister deutscher Schauspielkunst, ist im Alter von 82 Jahren in Hannover gestorben.

Der Kongreß der Vereinigten Staaten hat für die Durchführung des Gerichtsverfahrens in Sachen des **Erdölskandals** 100 000 Dollars bewilligt.

Die neue ägyptische Regierung hat ihr Amt unter großen Kundgebungen der Bevölkerung angetreten.

Die demokratische Fraktion des bayerischen Landtages richtet an die bayerische Regierung eine Anfrage über die neuerliche Beschlagnahme deutschen Eigentums in Italien.

Der Parteikongreß der englischen Konservativen ist auf den 11. Februar einberufen worden.

Die gesetzgebende Versammlung Indiens hat sich in Delhi konstituiert.

Der frühere Präsident Woodrow Wilson ist schwer erkrankt.

Die Strafkammer Kassel hat eine Reihe von Einwohnern von Wolfhagen, die in eine Prügelei mit „Jungsturmleuten" verwickelt waren, zu langen Gefängnisstrafen verurteilt.

In Peru sind für die deutsche Nothilfe namhafte Summen gespendet worden.

Im Reichsverkehrsministerium finden Beratungen über eine weitere Herabsetzung der Gütertarife statt.

Bei der Auflösung des japanischen Parlaments kam es zu heftigen Prügelszenen.

Der Transportarbeiterstreik im Wuppertal hat gestern durch Vereinbarung sein Ende gefunden.

Auf mehreren Steinkohlenzechen bei Essen müssen die Belegschaften wegen Wagenmangels feiern.

In Oberitalien herrscht starke Kälte. In Turin ist die Temperatur auf minus 6 Grad gefallen.

Kritik

Von
Dr. h. c. Frhr. v. Schoenaich,
Generalmajor a. D.

Im alten Heere endete jeder Ausbildungsabschnitt mit einer Besichtigung und jede Besichtigung mit einer Kritik. Wenn höhere Vorgesetzte anwesend waren, kritisierten auch sie der Reihe nach. Unbeteiligte Zuschauer konnten dabei sehr lehrreiche Menschenbeobachtungen machen, und zwar nicht nur bei denen, die besichtigt und kritisiert wurden, sondern fast mehr noch bei denen, die kritisierten. Es gab Menschen, die jeden Tadel als persönliche Beleidigung auffaßten, und andere, die berechtigte Ausstellungen, der guten Sache wegen, sich freudig zu Herzen nahmen. Es gab Kritiker, die die eigenen Ansichten rückhaltlos aussprachen, andere, die dabei mehr nach den Wünschen und Ansichten des anwesenden höheren Vorgesetzten schielten, und noch andere, die durch einerseits und andererseits bei keiner Seite anstoßen wollten. Es muß unbedingt anerkannt werden, daß Geradheit und Verantwortungsfreude nicht nur theoretisch gepflegt, sondern auch praktisch erreicht wurden. Das alte Heer ging als gesunder Körper, ohne sichtbare Schwächen in den großen Krieg. Erst bei dem geschwächten Körper zeigten sich früher schon vorhandene Schwächepunkte deutlich. Die jahrelange seelische Zermürbung unseres ganzen Volkes läßt jetzt auch im alten Offizierkorps die Schwächepunkte allmählich zu ernsten Krankheiten anwachsen. Zum hundertsten Jahrestage des Zusammenbruchs bei Jena gab der Große Generalstab ein Werk heraus: „1806. Das preußische Offizierkorps und die Untersuchung der Kriegsereignisse."*) In der Einleitung wirft er die Frage auf, wodurch es möglich gewesen sei, daß dasselbe Offizierkorps, das damals so viel Unglück, Schmach und Schande auf Preußen gehäuft hatte, 7 Jahre später so zahlreiche, sittlich hochstehende Führer habe stellen können. Er gibt die Antwort wörtlich: „Hauptsächlich dadurch, daß auf Befehl seines obersten Kriegsherrn das Offizierkorps über sich selbst zu Gericht gesessen und alle seine Mitglieder, die in dem unheilvollen Kriege gefehlt und geirrt hatten, mit unerbittlicher Strenge gestraft und beseitigt hatte." Und an anderer Stelle: „Diese gewaltige Arbeit war mit pflichttreuer, leidenschaftsloser und unbeugsamer Gerechtigkeit, hoher militärischer Einsicht und feinstem psychologischen Verständnis geführt worden." Der Zusammenbruch des Jahres 1918 war kein rein militärischer wie der von 1806. Das Heer einschließlich des Offizierkorps hat bis zuletzt einer erdrückenden Uebermacht an Menschen und Material heldenmütig Widerstand geleistet. Es braucht in diesem Schlußkapitel seiner glänzenden Geschichte die schärfste Kritik nicht zu fürchten. Der Zusammenbruch des Jahres 1918 war ein rein politischer. Das alte Offizierkorps ist nur insofern daran beteiligt, als es Träger der Politik gewesen war. Das allerdings war bei einem Kriege, der die Erfassung der wirtschaftlichen und sittlichen Kräfte des ganzen Volkes forderte, in größtem Maße der Fall.

Man hat die heutige Zeit so oft mit der Zeit vor den Befreiungskriegen verglichen. Das ist militärisch wegen der ganz anderen Kriegstechnik unsinnig. Richtig ist dabei, daß die inneren Voraussetzungen für eine Gesundung genau dieselben sind. Jenes Gericht, das der König Friedrich Wilhelm III. auf dem Rückzuge aus Ortelsberg abzuhalten befahl, ist von dem Großen Generalstab in seiner sittlichen Wirkung sehr treffend beurteilt worden. Der Großenkel des Königs hat den Rückzug über die Landesgrenze vorgezogen. Aber selbst, wenn er im Lande geblieben wäre, sein eigenes Buch spricht nicht dafür, daß er ein Freund der „unerbittlichen Strenge" gegen sich selbst ist. Wo aber sind heute die Männer, die jenen reinigenden Akt des Selbstgerichts aller am Zusammenbruch

*) Erschienen 1906 im Verlage von E. S. Mittler u. Sohn.